

Mai 2026

Länderbericht

Länderbüro Bolivien

**KONRAD
ADENAUER
STIFTUNG**



Bewährungsprobe für Boliviens Regierung

Knapp sechs Monate nach Amtsantritt von Präsident Paz gefährdet eine Protestwelle die Stabilität des Landes

Dr. Christina Stolte

Akute Versorgungsengpässe und Straßenblockaden prägen das Bild der bolivianischen Hauptstadt und lassen die Erinnerung an vergangene Krisen in Bolivien aufleben. Die Eskalation speist sich aus einer explosiven Mischung aus politischen Altlasten, sozialen Konflikten und wachsender Unzufriedenheit einflussreicher Gruppen. Die Regierung von Präsident Rodrigo Paz steht unter akutem Handlungsdruck, sieht sich jedoch von Beginn ihrer Amtszeit an mit einem doppelten strukturellen Problem konfrontiert: dem schweren Erbe der sozialistischen Ära sowie einer äußerst fragilen eigenen Machtbasis.

Kilometerlange Schlangen vor den Tankstellen, explodierende Preise, leere Regale und fehlende Medikamente: Die Szenen, die sich derzeit in La Paz abspielen, wirken wie ein Déjà-vu der tiefen Wirtschaftskrise von 2025, die die zwanzigjährige Ära der sozialistischen MAS (Movimiento al Socialismo) beendete. Doch der Unterschied ist zentral und politisch brisant: Diesmal ist es nicht primär ein makroökonomischer Schock, sondern der Druck organisierter sozialer Gruppen, der die Versorgung der Millionenstädte La Paz und El Alto ins Wanken bringt. Darunter befinden sich vielfach ehemalige Profiteure des alten Systems.

Während der vor allem durch Ex-Staatschef Evo Morales geprägten 20-jährigen MAS-Herrschaft war die Wirtschaft stark staatszentriert organisiert. Zum alten System gehörten

umfangreiche Subventionen (insbesondere für Treibstoffe), eine hohe Abhängigkeit von Rohstoffexporten sowie eine politisch gesteuerte Verteilung von Ressourcen zugunsten bestimmter gesellschaftlicher Gruppen. Gleichzeitig blieben zentrale strukturelle Probleme wie geringe Produktivität, fehlende Diversifizierung sowie wachsende Importabhängigkeit ungelöst. In der Folge verschärften sich bereits vor dem Regierungswechsel Devisenmangel, Staatsverschuldung und fiskalische Ungleichgewichte. Dies mündete 2024/25 in eine schwere Wirtschaftskrise, die entscheidend für die Abwahl der sozialistischen Regierungspartei war.

Versprechen eines „Wandels ohne Schmerzen“

Im Präsidentschaftswahlkampf 2025 war Rodrigo Paz bewusst nicht als Vertreter eines radikalen Bruchs, sondern als moderater Reformler aufgetreten. Im Gegensatz zu seinem Konkurrenten Jorge „Tuto“ Quiroga, der für einen schnellen, tiefgreifenden wirtschaftlichen Umbau unter Einbindung des Internationalen Währungsfonds warb, setzte Paz auf einen graduellen Transformationsansatz. Er versprach einen vorsichtigen Reformkurs, der wirtschaftliche Stabilisierung mit sozialer Abfederung verbinden und abrupte Einschnitte vermeiden sollte. Zentral war dabei die Botschaft, dass Bolivien durch die Bekämpfung von Korruption und Misswirtschaft die Krise aus eigener Kraft überwinden könne.

Dieses Narrativ eines „Wandels ohne Schmerzen“ war entscheidend für den Wahlerfolg. Paz sprach breite Bevölkerungsschichten an, die zwar einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel wünschten, aber große Angst vor den sozialen Kosten tiefgreifender Reformen hatten. Der Machtwechsel 2025 erfolgte somit weniger als Ausdruck einer gefestigten politischen Alternative, sondern vielmehr als Ergebnis eines diffusen gesellschaftlichen Reformwillens unter gleichzeitiger Erwartung möglichst geringer persönlicher Belastungen.

Entsprechend fragil war von Beginn an die Machtbasis von Präsident Paz. Sein Wahlsieg beruhte auf einer heterogenen Protest- und Wechselwählerschaft ohne stabile ideologische oder parteipolitische Bindung. Ein erheblicher Teil der Wähler unterstützte ihn nicht aus Überzeugung, sondern als „kleineres Übel“. Auch institutionell war die Regierungsbasis trotz des klaren Wahlsiegs von Rodrigo Paz schwach: Seine Partei PDC fungierte weniger als programmatisch kohärente Kraft, denn als Wahlvehikel ohne stabile innerparteiliche Bindungen oder disziplinierte Parlamentsmehrheit.

Insgesamt startete die Regierung Paz somit ohne gefestigte politische Verankerung, ohne belastbare gesellschaftliche Allianz - und mit einem Reformauftrag, der von Anfang an durch widersprüchliche Erwartungen geprägt war: ein tiefgreifender Wandel bei gleichzeitiger Vermeidung schmerzhafter Einschnitte. Diese strukturelle Spannung prägt nun maßgeblich die aktuelle Krisendynamik und erklärt die begrenzte Handlungsfähigkeit der Regierung.

Durchwachsene Bilanz nach 6 Monaten

Nach einem halben Jahr im Amt fällt die Bilanz der Regierung Paz unter dem Strich durchwachsen aus. Mit der Reduktion der Benzinsubventionen wurde eine zentrale fiskalische Maßnahme umgesetzt. Diese brachte spürbare finanzielle Belastungen und löste zunächst Proteste aus, wurde jedoch von großen Teilen der Bevölkerung letztlich mitgetragen – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der Wirtschaftskrise und der akuten Treibstoffknappheit von 2025, die die Untragbarkeit des bisherigen Systems deutlich vor Augen geführt hatten. Gerade diese Phase hätte ein politisches Fenster für

weitergehende Reformen geöffnet. Stattdessen blieb der Schritt isoliert. Die Regierung scheute offenbar vor entschlosseneren Maßnahmen zurück und versäumte es, den anfänglichen Problemdruck und die vorhandene Reformbereitschaft in eine kohärente Transformationsagenda zu überführen.

Darüber hinaus blieben grundlegende Reformvorhaben bislang ohne nennenswerten Fortschritt. Mehrere Initiativen mussten unter massivem Protestdruck zunächst zurückgezogen werden, wodurch sich das Bild einer Regierung verfestigte, die zwar Reformen ankündigt, diese jedoch nicht durchsetzen kann. Der Vorwurf wachsender Reformhalbherzigkeit und fehlender strategischer Führung gewann in den letzten Monaten an Gewicht.

Gleichzeitig verstimmte die Regierung zentrale gesellschaftliche Akteure. Mit Plänen für ein Gesetz zur Beleihung von Land für Kleinbauern machte sie sich insbesondere die einflussreichen Landgewerkschaften zum Gegner, die eine Entmachtung befürchteten und erfolgreich Widerstand gegen eine angeblich bevorstehende Enteignung durch die Regierung mobilisierten. Parallel dazu fühlen sich viele Gruppen, die unter der MAS von staatlichen Transfers und privilegiertem Zugang zu Ressourcen profitiert hatten, durch den politischen Kurswechsel in ihren historischen Privilegien bedroht. Sie bilden heute einen wichtigen Teil der Protestbasis.

Ein zusätzlicher Vertrauensverlust entstand durch den sogenannten „Benzinskandal“: Nach der drastischen Preiserhöhung gelangte landesweit stark verunreinigter Treibstoff in Umlauf, was zu Motorschäden und erheblichen wirtschaftlichen Verlusten führte. Insgesamt wird Präsident Paz zunehmend mangelnde Durchsetzungskraft und unzureichende Kommunikation vorgeworfen. Entscheidungen wirken auf manche Beobachter reaktiv, widersprüchlich und kurzfristig getrieben.

Eskalation der Proteste und Versorgungskrise in La Paz

Was als Vielzahl isolierter Proteste begann, hat sich binnen weniger Wochen zu einer schweren politischen Krise ausgeweitet. Unterschiedliche Gruppen – von Gewerkschaften über Bauern bis hin zu Bergarbeitern und indigenen Organisationen – verfolgen jeweils eigene, meist wirtschaftliche Forderungen. Ein geschlossenes Bündnis bilden sie nicht. Doch ihre Protestformen gleichen sich: Straßenblockaden, Märsche und punktuell gewaltsame Konfrontationen.

Begünstigt wurde diese Dynamik durch die anfänglich zögerliche Reaktion der Regierung. Die stark auf Verhandlungen ausgerichtete und lange wenig sichtbare Krisenpolitik von Präsident Rodrigo Paz wurde von vielen Akteuren als Signal verstanden, dass sich mit Druck auf der Straße Zugeständnisse erzwingen lassen. In der Folge schlossen sich immer mehr Gruppen den Protesten an – jede mit ihrer eigenen Agenda, aber mit ähnlichen Mitteln.

So entstand eine unkoordinierte, aber wirkungsvolle Protestwelle, die zentrale Verkehrsachsen kappte und den Regierungssitz La Paz zunehmend isolierte. Die Stadt ist inzwischen weitgehend von Nachschub abgeschnitten – mit spürbaren Folgen für die Bevölkerung. Treibstoff wird knapp, Lebensmittel verteuern sich oder verschwinden aus den Regalen, und auch Medikamente werden knapp.

Parallel dazu wächst der politische Druck. Die Verhandlungen gestalten sich schwierig, da die Regierung nicht mit einem zentralen Akteur, sondern mit einer Vielzahl teils konkurrierender

Gruppen verhandeln muss. Jede Einigung bleibt punktuell – und löst an anderer Stelle neue Proteste aus.

Damit hat sich die Krise qualitativ verändert: Aus einer Serie sektoraler Konflikte ist eine strukturelle Blockade geworden. Und aus sozialem Protest wird zunehmend politische Ablehnung, die in Forderungen nach dem Rücktritt des Präsidenten gipfelt.

Evo Morales und die geopolitische Dimension der Krise

Eine zentrale, wenn auch ambivalente Rolle in der aktuellen Eskalation spielt der frühere Präsident Evo Morales (2006-2019). Regierungsnahe Stimmen machen ihn für die Zuspitzung des Konflikts mitverantwortlich und sprechen offen von Destabilisierungsversuchen. Tatsächlich ist seine politische Präsenz in den Protesten unübersehbar: Anhänger mobilisieren insbesondere in Hochburgen wie der Region Chapare und treten als gut organisierter Teil der Bewegung auf. Vieles deutet jedoch darauf hin, dass Morales die Protestwelle weniger ausgelöst hat, sondern vielmehr geschickt für sich nutzt. Nach einer Phase schwindenden Einflusses gelingt es Morales, sich an die Spitze eines bereits eskalierenden Konflikts zu setzen und ihm eine politische Stoßrichtung zu geben. Seine Forderungen – bis hin zu einem raschen politischen Übergang und Neuwahlen – zielen klar auf eine Schwächung der Regierung Paz ab. Morales fungiert somit eher als politischer Katalysator, denn als Ursprung der Krise. Indem er vorhandene Unzufriedenheit bündelt und rhetorisch zuspitzt, verstärkt er deren politische Sprengkraft.

Parallel dazu hat der Konflikt längst eine geopolitische Dimension angenommen. Während die USA und verbündete Staaten Präsident Paz ausdrücklich unterstützen und vor einem „undemokratischen Umsturz“ warnen, bewerten andere Akteure der Region – etwa der linke kolumbianische Präsident Gustavo Petro – die Proteste als legitimen Ausdruck sozialer Unzufriedenheit. Diese internationalen Positionierungen verschärfen die innenpolitische Polarisierung zusätzlich. Sie lassen die Krise nicht nur als nationale Auseinandersetzung erscheinen, sondern als Teil eines größeren regionalen Konfliktmusters. Für die ohnehin fragile politische Lage in Bolivien bedeutet das: Der Konflikt wird zunehmend auch von außen interpretiert und beeinflusst, wodurch er komplexer, schwerer steuerbar und potenziell länger anhaltend wird.

Ausblick: Eine Krise ohne einfachen Ausweg

Ein rasches Ende der Krise ist derzeit nicht in Sicht. Zu fragmentiert ist die Protestlandschaft, zu widersprüchlich die Interessen der beteiligten Akteure – und zu begrenzt die Fähigkeit der Regierung, tragfähige politische Kompromisse zu schmieden. Jede punktuelle Einigung entschärft bestenfalls einen Teilkonflikt, während an anderer Stelle neue Spannungen entstehen.

Für Präsident Paz bleibt der Handlungsspielraum eng. Ein härteres Vorgehen – bis hin zur Verhängung eines Ausnahmezustands – birgt das Risiko weiterer Eskalation und internationaler Kritik. Ein Festhalten am bisherigen, stark verhandlungsorientierten Kurs wiederum könnte den Eindruck von Führungsschwäche verstärken und zusätzliche Proteste nach sich ziehen.

Gleichzeitig verschiebt sich die Krise zunehmend von einer Versorgungs- und Sozialkrise hin zu einer politischen Bewährungsprobe für Staat und Institutionen. Die wachsende

Systemkritik, die Einbindung externer Akteure und die strategische Instrumentalisierung durch politische Figuren wie Evo Morales erhöhen die Komplexität zusätzlich.

Bolivien steht damit an einem kritischen Punkt: Der Präsident ist gefordert, die Vielzahl an Konfliktlinien wieder in einen politischen Prozess zu überführen. Gelingt dies nicht, droht sich die Dynamik weiter in Richtung institutioneller Instabilität und Konfrontation zu verschieben.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Christina Stolte
Leiterin des KAS-Auslandsbüros Bolivien
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de/bolivien

christina.stolte@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)